Bund der Steuerzahler
Schleswig-Holstein e.V.

Presseinformation 5/2025

Sperrfrist: Redebeginn (19.00 Uhr)
Es gilt das gesprochene Wort!

Schönberg, 22. Mai 2025

Land muss die Hälfte des Sondervermögens an Kommunen weiterleiten
Kreise, Städte und Gemeinden von Bürokratie entlasten und mehr investieren

Der Bund der Steuerzahler hat die Landesregierung in Kiel aufgefordert, die Hälfte des Sondervermögens, das der Bund den Ländern für Investitionen zur Verfügung stellen wird, an die Kommunen weiterzureichen. „Das sind jährlich rund 150 Millionen Euro für die nächsten zwölf Jahre“, sagte Verbandspräsident Dr. Aloys Altmann beim Jahresempfang der CDU im Kreis Plön am Donnerstag (22. Mai) in Schönberg/Holstein. Dabei komme es darauf an, die Mittel unmittelbar für bedeutsame Infrastrukturmaßnahmen der Kreise, Städte und Gemeinden bereitzustellen.

„Wir brauchen keine neuen Förderprogramme und Richtlinien mit komplizierten Antragsformularen, Machbarkeitsstudien und Entwicklungskonzepten“, betonte Altmann. Auch die Evaluierung durch externe Gutachter sei verzichtbar, weil jeder Bürger selbst sehen könne, wo und wofür das Geld ausgegeben werde. Deshalb komme es darauf an, dass die Investitionsmittel „schnell und ohne Abzüge in kommunale Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Straßen und Feuerwehrhäuser fließen.“

„Kommunen sind die größten öffentlichen Investoren im Land. Deren Einrichtungen kommen unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Eine bedarfsgerechte Ausstattung trägt maßgeblich auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei“, unterstrich Altmann. Deshalb müssten die Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Sicherheit und gewerbliche Entwicklung gesetzt werden. Zugleich komme es darauf an, dass ein großer Teil der kommunalen Investitionen an Unternehmen in die eigene Region gehen. Dies werde zu positiven Effekten für die regionale Wirtschaftsentwicklung führen, sagte Altmann.

Als großen Hemmschuh für die kommunale Entwicklung in Schleswig-Holstein sieht der Steuerzahler-Präsident das allzu komplizierte und bürokratische System des Finanzausgleichs. „Die Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene versucht immer wieder, durch Gestaltung von Förderprogrammen und Subventionen direkt in die lokale Entwicklung einzugreifen. Dabei wissen Kommunalvertretungen und -verwaltungen vor Ort viel besser, wo Projekte in welcher Reihenfolge vorangetrieben werden müssen. Deshalb plädieren wir dafür, Förderprogramme und Subventionen radikal zu reduzieren und stattdessen die Mittelausstattung des kommunalen Finanzausgleichs deutlich anzuheben. Davon haben wir alle mehr“, sagte Altmann.

Lornsenstraße 48
24105 Kiel
Tel.: 0431 99 01 65-0
Fax: 0431 99 01 65-11
schleswig-holstein@steuerzahler.de

Präsident: Dr. Aloys Altmann - Verwaltungsratsvorsitzender: Detlef Behrens - VR AG Kiel 2243

PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO